

„Nous sommes Charlie!“

Am 21.01.2015 brachten die vier Fraktionen im Bremischen Landtag einen Antrag ein, mit dem die Parlamentarier Einigkeit zu einem guten Zweck demonstrieren wollten. Uns BÜRGER IN WUT schlossen sie davon aus. Eine Dokumentation.

I. Der Antrag „Nous sommes Charlie!“ der vier Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft

Wissen Sie, was das Wort „Putsch“ bedeutet? Gemeint ist, so Wikipedia, eine *überraschende, meist gewaltsame Aktion eines Teils der Staatsorgane (oder einer Gruppe davon [...] mit dem Ziel, [...] die Macht im Staat zu übernehmen. [...] z.B. in der Schweiz im Jahre 1839 der sog. „Züriputsch“ zur vorübergehenden (bis 1845 dauernden) Ausschaltung des Liberalismus im Kanton Zürich.*

Häufig folgt auf einen Putsch [...] die Herrschaft eines autoritären Regimes.

Natürlich findet dergleichen in Bremen nicht statt. Dennoch kam mir der Begriff „Putsch“ neulich in den Sinn, als ich darüber nachdachte, was mir am 21. Januar 2015 in der Bürgerschaft widerfahren war.

Davon will ich berichten.

An jenem Mittwoch des 21. Januar 2015 kam ich um kurz vor 10:00 Uhr in die Räume der Bremischen Bürgerschaft und fand dort in meinem Postfach die Drucksache 18/1714 vor. Ihr Inhalt lautete:

Landtag 20. Januar 2015. 18. Wahlperiode. Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und DIE LINKE

Nous sommes Charlie!

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft trauert um die Opfer der Anschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo und den jüdischen Supermarkt und die Opfer bei der Polizei in Paris.

Die Bürgerschaft stellt fest:

Terrorismus ist immer und überall Barbarei und das Gegenteil von dem, was unser Verständnis von der Würde und der Freiheit des Menschen ausmacht. Die Morde von Paris sind aber auch ein perfider Angriff auf das Herz jeder demokratischen Gesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit.

Die Bürgerschaft macht sich die Aussage von Jens Stoltenberg anlässlich der Attentate von Utoya zu eigen: „Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“

Die Bürgerschaft erklärt:

Wir werden uns weder durch die Attentäter noch durch diejenigen, welche zynisch Vorteile aus dem gewaltsamen Tod ziehen wollen, spalten lassen. Der Islam gehört zu Bremen.

Nur eine offene Gesellschaft ist eine menschliche Gesellschaft, ihre Risiken nehmen wir in Kauf. Ihre Grundsätze und Werte werden wir gegen jeden, der sie mit Worten oder Taten angreift, umso entschlossener verteidigen.

Die Eingabe war unterschrieben von „Björn Tschöpe und Fraktion der SPD, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU, sowie Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE“.

Dieser Antrag überraschte mich, und zwar deshalb, weil er in der Tagesordnung gar nicht angekündigt worden war.

Am Tag zuvor hatte die Stadtbürgerschaft getagt und ich hatte danach in mein Postfach geschaut. Ein Antragstext „**Nous sommes Charlie!**“ fand sich dort nicht. Da bin ich mir ganz sicher.

Nun überflog ich also den Text, ohne zu wissen, was ich zu diesem Zeitpunkt damit anfangen sollte. Allein schon die Formulierung „Die Bürgerschaft erklärt: ...“ war nicht zutreffend, da wir BÜRGER IN WUT (BIW) ja gar nicht in die Initiative einbezogen worden waren.

Im Gespräch mit meinem erfahrenen Parteifreund und Sitznachbarn Jan Timke wäre mir gewiss schnell klar geworden, was hier vor sich ging. Der aber war erkrankt und deshalb nicht zur Tagung des Parlaments erschienen

Pünktlich um 10:00 Uhr eröffnete Bürgerschaftspräsident Christian Weber die Landtagssitzung und forderte sowohl uns Abgeordnete im Plenum als auch die Zuschauer auf der Besuchertribüne dazu auf, sich für eine Gedenkminute zu erheben. Das hatte Weber schon tags zuvor angedeutet, als er die Sitzung der Stadtbürgerschaft um 17:30 Uhr schloss.

Jetzt begriff ich, dass der Antrag „**Nous sommes Charlie!**“ der vier Bürgerschaftsfraktionen als Reaktion auf den Terroranschlag am 7. Januar 2015 in Paris hier und heute nach der Rede Webers behandelt werden sollte.

Was war in Paris geschehen? Lesen wir, was darüber bei Wikipedia steht:

Zwei maskierte Täter, die sich später zu Al-Qaida im Jemen bekannten, drangen in die Redaktionsräume der Zeitschrift ein, töteten elf Personen und verletzten mehrere Anwesende. Während ihrer Flucht ermordeten sie einen Polizisten. Am 9. Januar verbarrikadierten sie sich in Dammartin-en-Goële; Sicherheitskräfte erschossen die beiden Täter.

Am 8. Januar wurde im Süden von Paris eine Polizistin von einem weiteren schwerbewaffneten Täter erschossen. Dieser überfiel am Tag darauf einen Supermarkt für koschere Waren im Pariser Osten, tötete vier Menschen und nahm weitere als Geiseln. Der Täter bekannte sich telefonisch zum Islamischen Staat und erklärte, sein Vorgehen stehe in Verbindung mit dem Anschlag auf Charlie Hebdo. Er wurde bei der Erstürmung des Supermarktes durch die Sicherheitskräfte erschossen.¹

¹ (Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag_auf_Charlie_Hebdo. 22.01.2015).



Schweigeminute in der Bremischen Bürgerschaft. 21.01.2015. Bild: Bremische Bürgerschaft.

Hätte ich, hätten wir BÜRGER IN WUT von dem Antrag der vier Fraktionen informiert werden müssen? Selbstverständlich!. Und warum war das nicht geschehen? Ich schaute mir das Dokument genauer an und fand einige Angaben, denen ich entnehmen konnte, dass die Bürgerschaftsfraktion der CDU das Dokument am Vortag, Dienstag, 20.01.2015, um 9:59 Uhr, als Fax versandt hatte. Die Bürgerschaftsfraktion der SPD hatte es um 12:24 Uhr weitergeleitet, offenbar an den Parlamentarischen Dienst der Bürgerschaft, der es für die Abgeordneten vervielfältigte und in die Postfächer legen ließ.

An uns BÜRGER IN WUT war es an jenem Tag weder als Fax noch auf anderem Weg versandt worden. Wir erhielten erst an dem Tag davon Kenntnis, da der Antrag im Parlament behandelt werden sollte.

Es ist den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und DIE LINKE unbenommen, einen gemeinsamen Antrag in den Landtag einzubringen. Der Antrag „**Nous sommes Charlie!**“ behandelt allerdings ein Thema, das weit über die Grenzen Bremens hinaus von Bedeutung ist.

Es hat einen europapolitischen Aspekt und, wenn man so will, auch einen weltpolitischen. Dieser Antrag soll nach Meinung seiner Initiatoren eine möglichst breite Mehrheit der Abgeordneten und der von ihnen repräsentierten Bürger für eine offene und freie Gesellschaft gewinnen – zu Recht, meine ich. Aus dieser Wertegemeinschaft hatten die vier Fraktionen uns BÜRGER IN WUT einfach ausgeschlossen. Sie hatten uns nicht einmal gefragt, ob wir uns dem Antrag anschließen wollten!

So kann Parlamentarismus nicht funktionieren, soll er nicht zur Farce verkommen.

Es war nicht der erste Vorfall dieser Art. Schon einmal wurden wir BÜRGER IN WUT an einer Initiative, bei der es um eine grundlegende ethische und kulturelle Fragestellung ging, nicht beteiligt. Gemeint ist die Sitzung der Bürgerschaft vom 20.11.2014. Damals ging es um einen Antrag derselben vier Fraktionen mit dem Titel „**Gegen Antisemitismus, Fanatismus und Hassparolen**“. Davon hatten Jan Timke und ich gerade einen Tag zuvor erfahren. Die verbleibende Zeit war eindeutig zu knapp, um eine Rede erarbeiten zu können, die hieb- und stichfest ist. Und das muss sie sein in einem Parlament, in der wir BÜRGER IN WUT unter besonderer Beobachtung stehen und häufig eher wie Aussätzige als vom Volk gewählte und gleichberechtigte Abgeordnete behandelt werden.

Über ihren Antrag „**Nous sommes Charlie!**“ informierten uns die vier Fraktionen erst an dem Tag, da er im Parlament zur Abstimmung gestellt sollte, und das auch nur, wenn wir vor der Bürgerschaftssitzung in unsere Postfächer schauten.²

Was mögen sie sich dabei gedacht haben? Gibt es für dieses Vorgehen einen nachvollziehbaren Grund?

Jan Timke und ich glauben, dass wir beide kultivierte, kritische, selbstkritische und verantwortungsbewusste Parlamentarier sind. Verdächtigen uns die vier Fraktionen vielleicht, wir könnten, wie es in ihrem Antragstext heißt, die Bürgerschaft oder gar die Gesellschaft „spalten“? Wir jedenfalls unterstellen den Fraktionen dergleichen nicht, wenn sie abweichende politische Positionen vertreten! Sie selber spalten Bremen, indem mal eben von oben herab Politik und Bürger zur Einigkeit in ihrem Sinne auffordern. Damit missachten sie nicht nur uns BÜRGER IN WUT, sondern alle Menschen, die aus eigenem Antrieb und aufgrund eigener Gedanken und Überzeugungen gegen den Anschlag von Paris und für eine offene Gesellschaft ihre Stimme erheben. Die Fraktionen handelten also unkorrekt. Sie oktroyierten den Gedanken einer Gesellschaft, die nur offen ist für ihresgleichen. Sie zeigten sich intolerant und reklamierten im selben Atemzug ihre Meinungshoheit in Sachen „Toleranz“.

Sie können sich das erlauben. Sie gehören zur herrschenden politischen und medialen Klasse im Land Bremen. Sie sichern ihre Macht in aller Regel unauffällig, notfalls aber auch mit einem von ihnen selbst inszenierten Eklat ab. Ich weiß, wovon ich rede. In den letzten zwei Jahren schlossen mich verschiedene Organisationen nach demselben Muster und im Austausch untereinander aus ihren Reihen aus. Der Grund: Ich wehre mich gegen ihr autoritäres Gehabe, ich bin kein angepasstes Mitglied und kein folgsames Schaf. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass deren Maxime reine Machtpolitik ist, die sie mit hehren Worten kaschieren, von denen das von der „offenen Gesellschaft“ noch zu den banaleren gehört, das sich verschiedenster opportuner Interpretationsmöglichkeiten bedient – Hauptsache, es passt in

² Immerhin war es mir seinerzeit im November gelungen, in den wenigen Stunden vor der Landtagssitzung, in der der Antrag „**Gegen Antisemitismus, Fanatismus und Hassparolen**“ behandelt und zur Abstimmung gestellt wurde, eine einigermaßen wetterfeste Rede zu diesem Thema zu erarbeiten. Vgl. dazu meine Rede von 20.11.2014 zu diesem Thema, auf meiner Homepage unter „Aktuelles“.

den gerade herrschenden dogmatischen Mainstream. Sie beanspruchen die Oberhoheit über alle Lebensbereiche und reklamieren nicht nur den Begriff der Toleranz für sich, sondern besetzen die gesamte Begriffswelt der klassischen Ideale. Damit geht eine „Umwertung der Werte“ (Hermann Broch) einher. Es kommt zu Verdrehungen und Verfälschungen. Möglicherweise ist es aber noch viel schlimmer. Ulrich Sackstedt etwa meint, wir hätten es mit einer neuen Meinungsdictatur zu tun. Er schreibt: Die

„...lügenhaften Begriffe „politische Korrektheit“, „Toleranz“ und „Vielfalt“ sind alle drei genau das Gegenteil dessen, was damit transportiert werden soll. Richtig muß es heißen: Ideologische Linientreue im Denken und im Wort durch eine EU-Diktatur, Intoleranz gegen alles bisher national Gewachsene und Wertvolle, ein Ethnogemisch aus afrikanischen, asiatischen und europäischen Kulturen, Sprachen und Sitten.“

Nach dem Muster, das Ulrich Sackstedt aufzeigt, könnte auch der Antrag der vier Fraktionen **„Nous sommes Charlie!“** missbrauchte Begriffe enthalten. Dem kommt entgegen, dass es sich ja hier nicht um eindeutig definierte Termini handelt, sondern um eine sehr vage Wortwahl, ja um sinnenleerte Worthülsen, die gut geeignet sind, um andere zu diffamieren. Das wäre schon ganz nahe an dem politischen Stil, wie ihn George Orwell in seinem Buch „1984“ beschreibt, in dem die Regierung verkündet: „Freiheit ist Sklaverei, Frieden ist Krieg, Hass ist Liebe“. Da geht es dann schon um Persionen.

Die meisten der tonangebenden Menschen in Bremen arbeiten mit Sicherheit nicht in diese Richtung, aber einige von ihnen erwecken zumindest den Eindruck. In vielen Aktionen, die sie starten, gehen sie im breiten Bündnis mit allen ihren assoziierten Gruppen „gegen den Hass“ vor oder treten „gegen Fremdenfeindlichkeit“ ein. ‚Ist das authentisch?‘, frage ich mich, oder handelt es sich nicht eher um politische Kampfbegriffe zur Stärkung der eigenen Reihen, mit deren Hilfe abweichende Meinungen bekämpft und Mitbürger eingeschüchert werden sollen? Uns bedroht kein Fremdenhass. Ich habe in meinem ganzen Leben noch keinen Deutschen getroffen, der einen Zugewanderten hasst, auch nicht in Bremen. Wem also dienen solche Verdächtigungen?

Wir werden zunehmend von einer Form der Demokratie bedroht, die uns Denk- und Handlungsmuster aufzwingen will; die uns vorgibt, wie wir zu denken und zu fühlen haben und die den Menschen damit zum beliebig manipulierbaren Wesen degradiert. Da kann der Freund von gestern heute mal eben schnell zum Feind werden und umgekehrt, je nach Absicht und Ziel. Das, was ich gestern noch guten Gewissens getan habe, ist heute eine verachtenswerte Handlung. Immer mehr Lebensbereiche sind der Beliebigkeit und der Käuflichkeit unterworfen. Traditionelle kulturelle Werte werden umgewertet, wenn sie mit den neuen Zielen nicht mehr kompatibel sind. Dieser Dekonstruktivismus, die Zerstörung des Verlässlichen und Vertrauten, des Überkommenen und Erhaltenswerten ist nicht nur zum Leitbild der sogenannten Genderprofessoren mit ihren abstrusen Geschlechterdefinitionen

geworden, sondern spaltet mittlerweile die abendländische Gesellschaft ganz Europas. Häufig verbinden uns Bürger nur noch Brot und Spiele; in Bremen sind es das Schicksal von Werder Bremen und die Sonderangebote von Aldi.

Ideologisch einseitig aufgeladene Phrasen wie die der neuen „Toleranz“ oder der „Vielfalt“, laufend wiederholt, unwidersprochen und unhinterfragt hingenommen, sind stärker als alle bisherige Kultur. Sie schaffen mit der Zeit ein verbindlich wirkendes Wertungsmuster, zumal dann, wenn einflussreiche Medien, staatliche Autoritäten wie ein Parlament, Institutionen mit Renommee und glaubwürdige Persönlichkeiten sich diese quasi vorbildhaft zu eigen machen.

Abzuweichen von dieser eingespielten Denkmaschinerie erzeugt bei demjenigen Angst, der nicht gewohnt ist, unabhängig und eigenständig zu denken. Wir sind immer noch mehr Untertan mit Angst vor der Obrigkeit, als wir erahnen. Wir wollen nicht unangenehm auffallen, wollen keine „Probleme machen und vor allem keine bekommen“. Ruhe ist immer noch erste Bürgerpflicht. So befolgt der Einzelne brav und vielleicht sogar vorsehend im Gehorsam die Vorgaben der ideologischen Linie. Die einzige Art des Protestes, die er wagt, ist, dass er nicht mehr an die Wahlurne geht. Die wenigen Eigensinnigen und Trotzköpfe werden schnell eingeordnet. Anwürfe und Unterstellungen wie die, sie würden „rassistisch“ oder „frauenfeindlich“ denken, reden oder schreiben, bringen sie umgehend dazu, so reibungslos wie Zahnräder in einem Uhrwerk zu funktionieren.

Wo auch immer Politik noch stattfindet, in klassischer Form in Parlamenten oder in Bürgerinitiativen, bedient sie sich stets der konventionellen Begriffe politischer Einordnung, wie sie einst aus der Sitzordnung der Parlamente entstanden sind: „Links“ und „rechts“ und „Mitte“.

Vor 100 Jahren waren die meisten Bürger in Deutschland „national“ und konservativ gesonnen, zum Teil extrem. Nun schwingt das Pendel ins andere Extrem. Heute ist man „links“ und „sozial“, was immer das auch heißen mag. In Bremen allzumal. Der politische Gegner muss dementsprechend in die rechte Ecke gestellt werden. Er hat als „unsozial“ zu gelten, vielleicht sogar als „asozial“. Das macht ihn unwürdig, gleichberechtigt an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken. Muckt er dagegen auf oder drückt er sein Anliegen nicht zu 100% politisch korrekt aus, sieht er sich umgehend einer gnaden- und maßlosen Kritik ausgesetzt. Er wird kaltgestellt.

Wo es in der Sache nichts zu monieren gibt, da greifen diffuse Anschuldigungen. Geradezu bilderbuchmäßig in o.a. skizzierter Manier beschimpft man Parteien wie die neue AfD und die seit Jahren in Beiräten, in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und in der Bremischen Bürgerschaft aktiven und bekannten BÜRGER IN WUT als „Populisten“ oder auch „Rassisten“, als Ewiggestrige und mithin als die Verderber des gewohnten politischen Mainstreams. Was ist das eigentlich, „Populismus“? Niemand weiß es, keiner fragt danach. Assoziationen anstelle von Definitionen. An die Stelle der Anstrengung eines Begriffs tritt immer mehr der Missbrauch von Begriffen. Halbbildung statt Bildung.

„Populismus“ und vor allem „Rechtspopulismus“ sind durchaus nützliche politische Kampfbegriffe. „Populist“, ein Wort aus dem Lateinischen, bedeutet wörtlich übersetzt zunächst nur „ein Mann des Volkes“. Zeitgeistig gemeint ist damit aber jemand, der nur vorgibt, als verträte er die Interessen des Volkes, der in Wahrheit aber Stimmungen ausnutzt und Übles im Schilde führt, um sich nun selbst Machtpositionen zu verschaffen bzw. zu sichern. Dazu passt, dass gerade diejenigen Politiker, die behaupten, sie verträten die Interessen des Volkes, mit Hilfe dieser diskriminierenden Wortwahl trefflich von sich und dem von ihnen geschaffenen Desaster ablenken können. Sie setzen Vokabeln wie „Populisten“ oder „Rechtspopulisten“ ein, um damit genau diejenigen als Konkurrenten aus dem Rennen zu schlagen, in lächerlicher Weise zu denunzieren und einzuschüchtern, die sich tatsächlich um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sorgen und dazu eigene Strategien entwickeln.

Wie wir BÜRGER IN WUT.

Das kennen wir aus der Geschichte, ohne daraus zu lernen. Die Herrschenden in der Zeit des sog. „Vormärz“ vor der bürgerlichen Revolution von 1848 etwa bezeichneten führende Oppositionelle als „Demagogen“ und verfolgten sie deswegen. Der Begriff „Demagoge“ (gr.) meint, wörtlich übersetzt, „Volksführer“, aber die Herrschenden im „System Metternich“ meinten es im Sinne von „Volksverführer“. Sind wir BÜRGER IN WUT solche Volksverführer, wenn wir die Missstände in Bremen thematisieren und in die politische Arbeit einbringen? Die SPD und die ihr naheilenden Fraktionen der Bürgerschaft von CDU, GRÜNEN und DIE LINKE wollen diesen Eindruck zumindest erwecken.

Die bestimmende politische Kraft in Bremen ist seit 1946 die SPD, allein regierend oder in Koalitionen mit der FDP, CDU oder Bündnis 90/ DIE GRÜNEN. Über diese Partei und ihr Verhältnis zu den überwiegend bürgerlichen Straßendemonstranten Mitteldeutschlands, Stichwort „Pegida“, kam das „Handelsblatt“ kürzlich zu folgender Einschätzung:

Früher war die SPD mal die Partei der kleinen Leute. Heute ist sie eine Partei snobistischer Sitzenwächter, die den Kontakt zum Volk verloren hat. Statt zuzuhören, macht die SPD-Spitze ziemlich arrogant auf Moralapostel und stempelt die Menschen ruckzuck als Ausländerfeinde ab. Aber wir wissen doch, dass dies keineswegs alles Rechtsradikale oder Ausländerfeinde sind. Es sind größtenteils Leute, die sich von der Politik nicht mehr ernstgenommen fühlen. Ich denke, man muss sich anhören, welche Probleme die Demonstranten sehen und prüfen, ob die Sorgen, die sie vortragen, berechtigt sind. Dafür sind wir doch Volksvertreter.³

Die SPD sitzt in Bremen fest im Sattel. Die meisten Bremer Bürger werden sich, nichts spricht dagegen, weiterhin so gutgläubig und linientreu verhalten wie bisher. Die SPD wird bei der nächsten Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 10. Mai 2015 eher noch zulegen als verlieren. Ich tippe auf eine absolute Mehrheit, notfalls

³ Quelle: „Wir nehmen in der Euro-Frage kein Jota zurück“. AFD-CHEF LUCKE IM INTERVIEW. Dietmar Neuerer. „Handelsblatt“. 22.01.2015. Link: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-chef-lucke-im-interview-wir-nehmen-in-der-euro-frage-kein-jota-zurueck/11261300.html>.

wird uns demnächst Rot-Rot-Grün regieren. Die SPD ist erfahren im Umgang mit der Macht, weiß, wie man die Wählerklientel im Griff behält und womit man sie füttert, wie das sonst nur die CSU in Bayern vermag.

Alle Fraktionen der Bremer Bürgerschaft fahren in ihrem Kielwasser. Beim Antrag „**Nous sommes Charlie!**“ übersahen sie die Gruppe BÜRGER IN WUT wohl ganz bewusst. Damit handelten sie unkollegial, zudem ohne Herz und ohne Geist. Sie setzten sich die Krone der Richtig- und Wichtigtuer auf.

Das Parlament ist ein Ort der geistigen Auseinandersetzung durch eigens dafür formulierte Reden. Ich konnte mich auf diese Debatte nicht vorbereiten, noch weniger als seinerzeit auf die Debatte zum Thema „**Gegen Antisemitismus, Fanatismus und Hassparolen**“.

So nahmen die Dinge ihren Lauf.

Nach der Gedenkminute für die Opfer der Anschläge von Paris hielt der Bürgerchaftspräsident eine Rede zu eben dem Thema, das auch der Antrag der vier Fraktionen behandelte: „**Nous sommes Charlie!**“ Dann sprachen die vier Fraktionsvorsitzenden, daran anschließend Bürgermeister Jens Börnsen. Und dann, so dachte ich jedenfalls, würde man zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Das ist üblicherweise so, wenn sich ein Mitglied oder Vertreter des Senats im Anschluss an die Abgeordneten zu einem Thema äußert. Aber diesmal war es anders. Es meldeten sich weitere Abgeordnete zu Wort, so Carsten Werner und Frau Dr. Zahra Mohammadzadeh von den Grünen, und dann noch einmal Frau Kristina Vogt von den Linken.

Da wurde mir ganz komisch. Denn da saß ich nun und hatte plötzlich die Gelegenheit, mich ebenfalls im Plenum zu äußern, um in dieser Bremen, Deutschland, Europa und die Welt bewegenden Angelegenheit einige Sätze aus meiner Sicht und aus Sicht der BIW zu sagen. Mit Vorbereitung war da nicht mehr viel. Ich versuchte also, einige Sätze aufzuschreiben. Das gelang mir kaum. Es war ja eine hochsensible Angelegenheit. Ein falsches Wort von mir, und ich würde von der versammelten Mannschaft unserer politischen Gegner „gesteinigt“ werden. In den wenigen Minuten, die die MdBBs der anderen Parteien sprachen, brachte ich einige wenige Sätze zu Papier, rezitierte in Gedanken ein Gedicht, das ich vor 50 Jahren einmal auswendig gelernt hatte, meldete mich dann zu Wort, wurde aufgerufen und ging ans Rednerpult.

Die folgende Rede hatte ich gerade noch skizzieren können:

Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren!

In Paris wurden vor zwei Wochen Mitglieder der Redaktion eines Satiremagazins „aus politischen Gründen“ ermordet. Kann es dafür „politische Gründe“ geben?! Ich meine: Nein!

In Paris wurden vor zwei Wochen Kunden und Verkäufer eines jüdischen Supermarktes und nebenbei Polizisten ermordet und auch das „aus politischen und religiösen Gründen“. Kann es dafür „politische oder religiöse Gründe“ geben?! Nein.

Wir haben scharf zwischen Gründen, Rechtfertigungen und Ausreden zu unterscheiden. Das gilt auch für all solche Morde und Massenmorde in aller Welt wie die, von denen meine Kolleginnen Frau Vogt und Frau Dr. Mohammadzadeh sprachen.

Das alles ist unfassbar.

Ich reagiere darauf in einem ersten Anlauf mit dem Hinweis auf das Ideal des Christentums: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Liebe deine Feinde!“ Das ist nie erreichbar, bleibt aber ein Ideal.

Und ich reagiere mit Worten von Heinrich Heine darauf. Er war Jude, Deutscher, Franzose, Weltbürger, Intellektueller, Demokrat und Flüchtling: Zitat:

Die alten, bösen Lieder

Die alten, bösen Lieder,
Die Träume schlimm und arg,
Die lasst uns jetzt begraben,
Holt einen großen Sarg.

Hinein leg ich gar manches,
Doch sag ich noch nicht was;
Der Sarg muss sein noch größer
Wie 's Heidelberger Fass.

Und holt eine Totenbahre,
Von Brettern fest und dick;
Auch muss sie sein noch länger,
Als wie zu Mainz die Brück'.

Und holt mir auch zwölf Riesen,
Die müssen noch stärker sein
Als wie der heil'ge Christoph
Im Dom zu Köln am Rhein.

Die sollen den Sarg forttragen
Und senken ins Meer hinab,
Denn solchem großen Sarge
Gebührt ein großes Grab.

Wisst ihr, warum der Sarg wohl
So groß und schwer mag sein?
Ich legte auch meine Liebe
Und meinen Schmerz hinein.

Soweit Heinrich Heine.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall aus unbekannter Quelle [BIW Kann es nicht gewesen sein, denn Jan Timke, mein einziger Kollege, war ja nicht anwesend]).

Das war meine Rede zum Thema „**Nous sommes Charlie!**“.⁴

Bei der anschließenden Abstimmung stimmte ich dem Antrag der vier Fraktionen zu.

War das inhaltlich vertretbar? Was das unter den geschilderten Bedingungen ein Zeichen von Schwäche oder war es angemessen als Beitrag gegen eine drohende und auch beabsichtigte Spaltung? Darüber lässt sich trefflich streiten.

Nachtrag

Am darauffolgenden Tag, dem Donnerstag, 22. Januar 2015, sprach ich Thomas Röwekamp, den Fraktionsvorsitzenden der CDU, auf diesen Vorgang an, der mir denn doch zunehmend putschähnlich vorgekommen war.

Bekanntermaßen haben wir BÜRGER IN WUT zur Fraktion der CDU noch die größte politische Nähe. Wir stimmen häufig deren Anträgen zu und unterstützten sie z.B. erfolgreich bei dem Vorhaben, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den bestürzenden Vorgängen beim Krankenhausneubau Bremen-Mitte einzurichten.

Ich erinnerte Thomas Röwekamp daran, dass die vier Fraktionen unter Beteiligung der Union mich nun schon zum zweiten Mal als Abgeordneten und uns als Gruppe BÜRGER IN WUT mit einer gemeinsamen Aktion überrascht hätten. Sie hätten uns nicht daran beteiligt und uns nicht einmal darüber informiert. Der Antrag der Fraktionen „**Nous sommes Charlie!**“ wende sich gegen die Spaltung der Gesellschaft, sagte ich. Der Umgang der vier Fraktionen damit allerdings sei ein ganz anderer, denn tatsächlich spalte er die Bürgerschaft erneut. Thomas Röwekamp versprach mir, den anderen Fraktionsvorsitzenden in der Bremischen Bürgerschaft mein und unser Anliegen vorzutragen.

Ich bin gespannt, was daraus wird. Vor allem bin ich gespannt darauf, wann die nächste Attacke kommt in Form eines Antrages an die Bürgerschaft, unterschrieben von den vier Fraktionen unter Ausschluss von BIW, mit einem Anliegen, das mutig und edel klingt, aber nur der Absicherung der Macht und der Einschüchterung von Oppositionellen dient. So vorzugehen verstößt aus meiner Sicht gegen alle Grundregeln einer Demokratie, die ihren Namen verdient.

Bremen, quo vadis?

⁴ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=opQz3UP5Q0s>.

II. Reaktionen

Radio Bremen

Nur wenige Minuten nach der Gedenkstunde in der Bremischen Bürgerschaft am Mittwoch, dem 20.01.2015, zu den islamistisch motivierten Terroranschlägen am 7./8. Januar 2015 auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und auf den jüdischen Supermarkt für koschere Waren und zu dem diesbezüglichen Antrag der vier Fraktionen meldete Radio Bremen auf seiner Homepage u.d.T. „**Nous sommes Charlie**. Schweigeminute in der Bremischen Bürgerschaft“. 21. Januar 2015, 10:57 Uhr, die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft hätten des Terroranschlags von Paris mit einer Schweigeminute der Opfer gedacht, Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD) habe eine Rede gehalten, danach hätten sich die Fraktionsführer dazu geäußert, dann Bürgermeister Börnsen und zum Schluss weitere Abgeordnete aus den Fraktionen und BÜRGER IN WUT.

Radio Bremen tat sich in der Vergangenheit mit BIW und mit meiner Person sehr häufig sehr schwer. Hier nun gab man der Wahrheit die Ehre und erwähnte uns BÜRGER IN WUT.

WK/BN

„Weser-Kurier“/„Bremer Nachrichten“ nahm es hingegen mit der Wahrheit nicht so genau. Dieses Blatt hat, für alle diejenigen, die es noch nicht wissen, praktisch eine Monopolstellung unter den Printmedien der Hansestadt inne.

Die Papierausgabe von WK/BN berichtete am 22.01.2015 über die Sitzung der Bürgerschaft zum Tagesordnungspunkt „**Nous sommes Charlie!**“ ausführlich. Matthias Lüdecke schrieb u.d.T. „Bürgerschaft steht auf gegen den Terror“ u.a.:

Die Bürgerschaft hat nach den Anschlägen von Paris vor zwei Wochen in ihrer Sitzung am Mittwoch ein Zeichen gesetzt. In einer Entschließung verurteilten alle Fraktionen die Attentate scharf. In einer nachdenklichen Debatte ging es dann aber auch darum, wie man nun mit der Situation umgehen muss.

Sodann berichtete Lüdecke in Übereinstimmung mit der Meldung von Radio Bremen ebenfalls über die Schweigeminute in der Bremischen Bürgerschaft, und darüber, dass Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD) eine Rede gehalten habe. Danach hätten sich zunächst die Fraktionsführer dazu geäußert, dann Bürgermeister Jens Börnsen. Ende der Rednerliste.

Lüdecke verschweigt, dass danach noch weitere Abgeordnete geredet hatten. Nun können auch wir BÜRGER IN WUT uns nicht prinzipiell darüber beschweren, unerwähnt geblieben zu sein, weil das ja auch für die Vertreter der anderen Fraktionen galt. Aber als einziger anwesender Abgeordneter der Wählervereinigung BIW, die ja keinen Fraktionschef hat, hätte ich schon genannt werden müssen, wenn man sich als Journalist nicht dem Vorwurf aussetzen will, eine im Parlament vertretene politische Gruppe absichtlich „vergessen“ zu haben.

Ich halte diese Auslassung allerdings tatsächlich für vorsätzlich. Darauf weist ein weiteres Indiz hin. Betrachten Sie bitte einmal das nachstehende Foto, das WK/BN dem o. a. Artikel in seiner Papierausgabe beigefügt hatte:



Stiller Moment: Zu Beginn der Landtagssitzung gedachten die Abgeordneten der Bürgerschaft der Opfern der Attentate von Paris. (Frank Thomas Koch). Papierausgabe und E-Paper.

Vergleichen Sie dieses Bild mit dem Foto, das in der Onlineausgabe von WK/BN veröffentlicht ist. Bemerkten Sie den Unterschied?



Stiller Moment: Zu Beginn der Landtagssitzung gedachten die Abgeordneten der Bürgerschaft den Opfern der Attentate von Paris. (Frank Thomas Koch). Online-Ausgabe.

Quelle: http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel,-Bremer-Buergerschaft-steht-auf-gegen-den-Terror-arid,1038773.html.

Ja, richtig, das Bild der Homepage ist oben und unten beschnitten. Einige Abgeordnete sind nun „kopflös“: Karin Garling (SPD) und zwei Abgeordnete der CDU: Erwin Knäpper und Bernd Ravens. Und eben auch der Abgeordnete Korol von BÜRGER IN WUT. Als ich das sah, überkam mich spontan die Erinnerung daran, dass mich am 10. Oktober 2014 ein Mann angegriffen hatte, ein Nachbar sogar, nachdem er mir verkündet hatte, „allen Christenschweinen“ und allen Deutschen müsste „der Kopf abgeschnitten“ werden.

Was kann man schon für seine Assoziationen?! Sie überkommen einen, auch wenn sie völlig grundlos sind. So ist das mit den Ängsten. So überkamen sie mich an dieser Stelle.

Nun wollen wir aber nicht den Teufel an die Wand malen! „Die alten bösen Lieder“, von denen Heinrich Heine spricht, werden heute nicht mehr gesungen. Die vier Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft fordern in ihrem Antrag ja nichts „Böses“ und „Altes“, sondern „Toleranz“ und eine „offene Gesellschaft“. Und das ist doch etwas sehr Gutes und sehr Modernes. Allerdings reklamierten sie den Begriff der Toleranz für sich allein und luden Parlamentarier und Bürger zu einer „offenen Gesellschaft“ ein. Dabei hatten sie längst eine „geschlossene Gesellschaft“ gebildet, aus der sie uns BÜRGER IN WUT ausschlossen.

Eine, wie man so sagt, „verkehrte Welt“, diese Bremische Bürgerschaft.

III. Impression. Wie mich der Antrag „**Nous sommes Charlie!**“ der vier Fraktionen beschäftigte

20-JAN-2015 12:24 VON -CDU BREMEN +494213089470 T-373 P.002/002 F-722

Man muss Vielfalt anhalten

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/ 1714
20. Januar 2015

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und DIE LINKE

Nous sommes Charlie!

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft trauert um die Opfer der Anschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo und den jüdischen Supermarkt und die Opfer bei der Polizei in Paris.

Die Bürgerschaft stellt fest:
Terrorismus ist immer und überall Barbarei und das Gegenteil von dem, was unser Verständnis von der Würde und der Freiheit des Menschen ausmacht. Die Morde von Paris sind aber auch ein perfider Angriff auf das Herz jeder demokratischen Gesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit.

Die Bürgerschaft macht sich die Aussage von Jens Stoltenberg anlässlich der Attentate von Utoya zu eigen:
„Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“

Die Bürgerschaft erklärt:
Wir werden uns weder durch die Attentäter noch durch diejenigen, welche zynisch Vorteile aus dem gewaltsamen Tod ziehen wollen, spalten lassen. Der Islam gehört zu Bremen.

Nur eine offene Gesellschaft ist eine menschliche Gesellschaft, ihre Risiken nehmen wir in Kauf. Ihre Grundsätze und Werte werden wir gegen jeden, der sie mit Worten oder Taten angreift, umso entschlossener verteidigen.

*Mehr Offenheit
mehr Demokratie
mehr Verbundenheit auf
die Presse*

*Tröste! Man muss abweichende Meinungen erdulden. Vorbild: Offene Gesellschaft
gegen den Terror, für die
Meinungsfreiheit*

Björn Tschöpe und Fraktion der SPD
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Thomas Röwakamp und Fraktion der CDU
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

20-JAN-2015 12:24 VON -CDU BREMEN +494213089470 T-373 P.002/002 F-722

Der Antrag der vier Fraktionen „**Nous sommes Charlie!**“ samt meinen Notizen aus den Reden dazu zur Vorbereitung auf meine eigene Rede dazu.

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und DIE LINKE**Nous sommes Charlie!**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) trauert um die Opfer der Anschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo und den jüdischen Supermarkt und die Opfer bei der Polizei in Paris.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Terrorismus ist immer und überall Barbarei und das Gegenteil von dem, was unser Verständnis von der Würde und der Freiheit des Menschen ausmacht. Die Morde von Paris sind aber auch ein perfider Angriff auf das Herz jeder demokratischen Gesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit.

Die Bürgerschaft (Landtag) macht sich die Aussage von Jens Stoltenberg anlässlich der Attentate von Utøya zu eigen:

„Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

Wir werden uns weder durch die Attentäter noch durch diejenigen, welche zynisch Vorteile aus dem gewaltsamen Tod ziehen wollen, spalten lassen. Der Islam gehört zu Bremen.

Nur eine offene Gesellschaft ist eine menschliche Gesellschaft, ihre Risiken nehmen wir in Kauf. Ihre Grundsätze und Werte werden wir gegen jeden, der sie mit Worten oder Taten angreift, umso entschlossener verteidigen.

Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Silvia Neumeyer,
Thomas Rövekamp und Fraktion der CDU

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE